

Netzwerk Papier

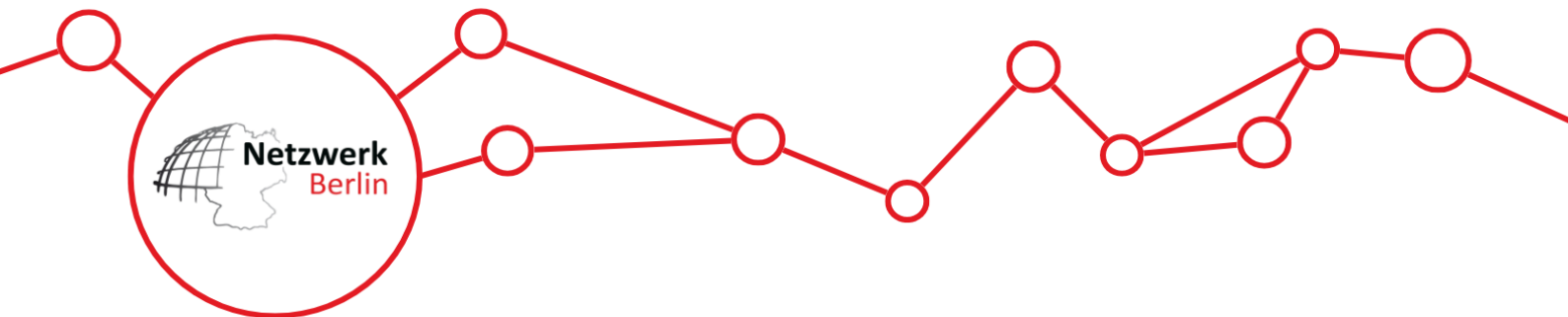
Die transatlantischen Beziehungen nach den US-Wahlen

Donald Trump wird heute, am 20. Januar 2025, als 47. Präsident der Vereinigten Staaten offiziell in sein Amt eingeführt. Bereits vor seinem Amtsantritt hat er mit seinen Forderungen und der Auswahl zentraler Regierungsmitglieder für Aufsehen in der EU und Deutschland gesorgt. Die **Nominierungen für Schlüsselpositionen in der Regierung** spiegeln seinen klaren Kurs wider, der auch die **Fortsetzung seiner „America First“-Politik sowie eine noch stärkere Ausrichtung auf nationale Interessen** umfasst.

Mit einer **republikanischen Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus** wird Trump in der Lage sein, seine Agenda weitgehend ungehindert durchzusetzen. Auch die Dominanz konservativer Kräfte im Supreme Court sorgt dafür, dass die traditionellen „Checks and Balances“, die das amerikanische Regierungssystem in der Vergangenheit vor extremen Ausschlägen bewahrten, zunehmend gefährdet sind. Zugleich besteht auch für Trump selbst ein Risiko in dieser Dominanz. Sollte er die hohen Erwartungen seiner Anhänger nicht erfüllen können, kann er die Verantwortung dafür nicht mehr auf eine angebliche Blockade der Demokraten im Kongress abwälzen.

Neben der politischen Neuausrichtung unter Trump zeigt sich ein beunruhigender Trend: Der **zunehmende Einfluss von Unternehmen und Einzelpersonen**, die durch ihre Nähe zum Präsidenten Macht und Vorteile sichern. Prominente Wirtschaftsführer wie Elon Musk nutzen ihre Verbindungen zur Regierung gezielt, um politische und wirtschaftliche Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Gleichzeitig übernehmen immer mehr Unternehmen Trumps Positionen, um sich aktiv sein Wohlwollen zu sichern. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die jüngste Entscheidung von Mark Zuckerberg, CEO von Meta, die Content-Moderation auf seinen Plattformen in den USA vollständig einzustellen. Ebenso haben große Unternehmen wie Walmart und McDonald's angekündigt, ihre Diversity-Programme einzustellen, was die zunehmende Anpassung an Trumps Politik und Rhetorik unterstreicht.

Für Europa ist Trumps Wahlsieg ein **unüberhörbarer Weckruf**: Er verlangt **ein geeinteres und entschlosseneres Handeln**. Deutschland wird nun in Europa und auf der internationalen Bühne noch mehr Verantwortung übernehmen müssen. Getrieben von seiner „America First“-Politik werden sich die USA unter Trump weiter von der multilateralen Weltordnung abwenden. **Innenpolitische Themen** wie Migration, Wirtschaft und nationale Sicherheit, sowie die **Zuspitzung des geopolitischen Wettstreits mit China** werden Trumps Präsidentschaft prägen. Internationale Allianzen und Partnerschaften, einschließlich



der transatlantischen Beziehungen, werden nur punktuell und interessensgeleitet bestehen bleiben.

Die EU-Kommission und die Bundesregierung haben sich **auf diese Entwicklung vorbereitet**: Kontakte wurden geknüpft, strategische Pläne entwickelt. Der **Wahlsieg Trumps sollte deshalb als Anstoß verstanden werden**, Europas Rolle in der Welt und seine strategische Eigenständigkeit weiter zu stärken. Die **EU wird mehr Eigenverantwortung übernehmen** und ihre Interessen in Fragen der Sicherheit, der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der geopolitischen Stabilität eigenständig vertreten müssen. Deutschland und Europa sind nun mehr denn je gefordert, sich unabhängiger und handlungsfähiger aufzustellen.

Die EU ist ein starker Kontinent, der **an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den USA interessiert** bleibt und in vielen Bereichen gemeinsame Interessen verfolgt. Wir sind bereit, die Kooperation, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, zu vertiefen. Doch die EU blickt auch den realpolitischen Umständen klar ins Auge: Amerikanische Maßnahmen, die unsere wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen gefährden, dürfen wir nicht unbeantwortet lassen. Die EU **muss ihre Interessen mit Klarheit und Nachdruck vertreten**.

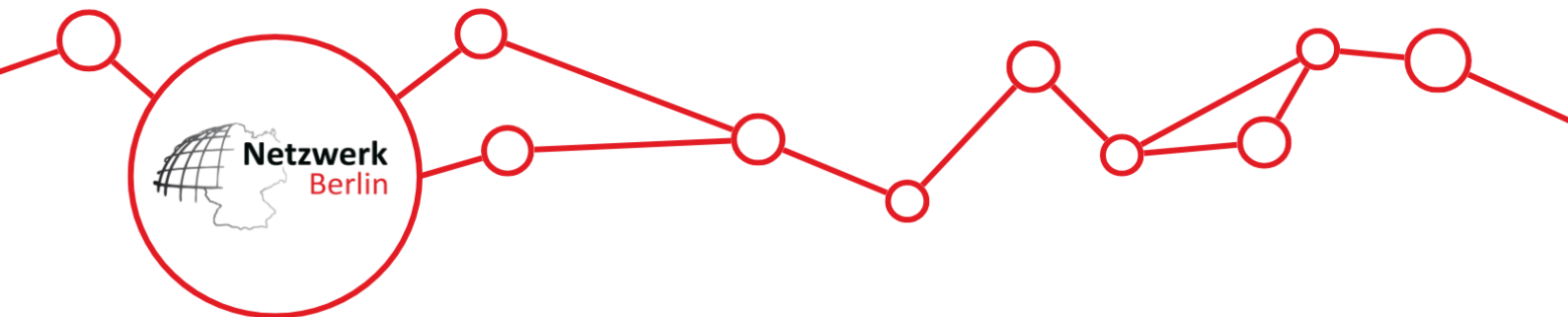
Das **Netzwerk Berlin hat daher die Bedeutung des Wahlergebnisses mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen analysiert und Handlungsempfehlungen für die deutsche Politik formuliert**. In diesem Papier werden die zentralen Implikationen in drei Bereichen untersucht: Sicherheit und Verteidigung, Wirtschaft sowie Multilateralismus.

Kapitel 1: Sicherheit und Verteidigung

Mit Donald Trump als 47. Präsident der USA werden sich die außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten der USA grundlegend verändern. Darauf kann und muss man sich vorbereiten.

Unterstützung der Ukraine stärker europäisch koordinieren

Donald Trump setzt auf Deals und nicht auf Bündnisse. Das hat ernsthafte Konsequenzen für die NATO, für die Ukraine, für Europa. Möglicherweise wird er versuchen, mit Präsident Putin einen Deal über die Köpfe der Ukraine hinweg und ohne Absprache mit den Verbündeten in Europa, einzufädeln. Die Erfolgsaussichten sind allerdings mehr als ungewiss. **Deutschland als größter europäischer Unterstützer der Ukraine sollte gemeinsam mit anderen europäischen Staaten deutlich machen, dass wir an der Unterstützung der Ukraine und unserem Einsatz für einen nachhaltigen und gerechten Frieden festhalten**.



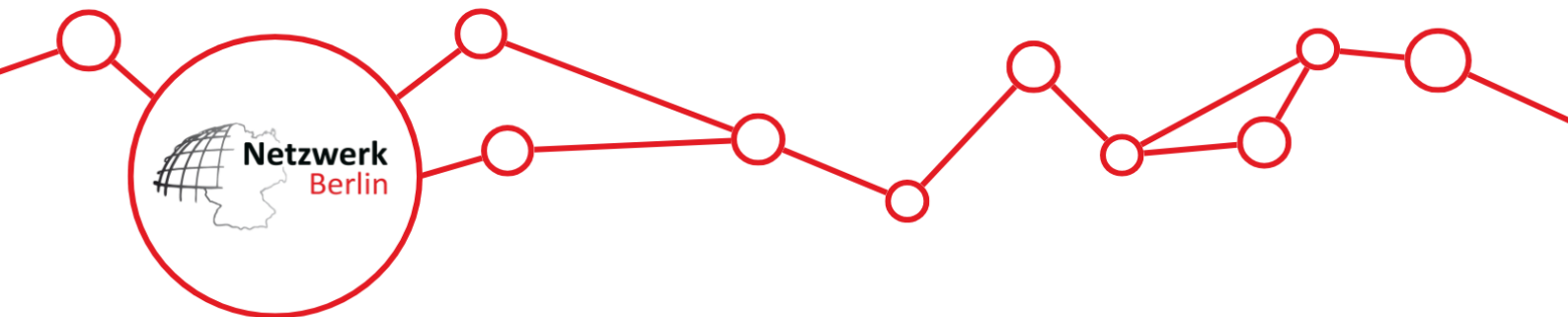
Kontinuierlich mehr Investitionen für die Bundeswehr

Europa und besonders Deutschland müssen eigenständige sicherheitspolitische Fähigkeiten aufbauen. Die Beendigung des Krieges in der Ukraine, der anschließende Wiederaufbau des Landes und die nachhaltige Abschreckung weiterer revisionistischer Bestrebungen Russlands fallen nun vermehrt in die Verantwortung Europas. Es liegt im Interesse der Bundesregierung, hier die Führung zu übernehmen. Um das zu erreichen, **können zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts in Sicherheit und Verteidigung nur die Untergrenze des Wehretats bilden. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist daher notwendig, so wie es im Nordatlantikrat mit den NATO-Verbündeten beschlossen wurde.** Auch unter Bundeskanzler Willy Brandt lag der Verteidigungsetat von 1969-1974 zwischen 3–3,5 Prozent des deutschen BIPs. Ausschließlich Geld wird das Problem jedoch nicht lösen. Um unsere NATO-Verpflichtungen im Rahmen des NATO Force Model zu erfüllen, müssen wir die Einsatzbereitschaft unserer Truppe erhöhen, kritische Fähigkeitslücken im Bereich Military Mobility schließen und die europäische Verteidigungsindustrie durch langfristige finanzielle Zusagen stärken. Wir begrüßen daher die Ernennung des ersten EU-Verteidigungskommissars. Auch die nachrichtendienstlichen Fähigkeiten müssen ausgebaut werden. Nur so kann die Bundesrepublik ein Signal der Wehrhaftigkeit und langfristigen Entschlossenheit nach Moskau senden.

Die europäische Säule innerhalb der NATO stärken

Deutschland muss nun mehr Verantwortung für Europa und unsere Bündnisse übernehmen. Das betrifft die NATO, die EU sowie Konsultationsformate mit Frankreich, Polen und dem Vereinigten Königreich. Wir unterstützen die **Konsolidierung der nuklearen Teilhabe** durch den Erwerb der F-35A Kampfflugzeuge und unterstreichen die zentrale Rolle dieser Fähigkeit im Rahmen glaubhafter nuklearer Abschreckung.

Auch die bereits im August 2022 von Deutschland lancierte European Sky Shield Initiative (ESSI) dient der grundlegenden Verstärkung der Luftverteidigung in Europa. Darüber hinaus haben Deutschland, Frankreich, Italien und Polen eine multinationale Initiative („European Long Range Strike Approach“- ELSA) vereinbart. Damit sollen **abstandsfähige Präzisionswaffen entwickelt und eingeführt** werden. Weitere europäische Nationen, u.a. Großbritannien, sind an einer Mitwirkung interessiert. Bis die abstandsfähigen Präzisionswaffen voll einsatzfähig sind, wird es jedoch noch bis weit in das nächste Jahrzehnt dauern. Um bis dahin die Abschreckung anzupassen, haben Deutschland und die USA am Rande des NATO-Gipfels im Juli 2024 angekündigt, zunächst **phasenweise die Stationierung weitreichender konventioneller US-Waffensysteme ab 2026** vorzunehmen. Dies dient dem Ziel der effektiven und glaubwürdigen Stärkung der Abschreckung und Verteidigung Europas in Reaktion auf die von Russland ausgehende Bedrohung. Da diese



Waffensysteme über eine deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen, bedeutet dies eine erhebliche Verbesserung der notwendigen Fähigkeiten Europas und damit eine Steigerung unserer Sicherheit.

Kapitel 2: Wirtschaft und Handel

Für viele US-Bürger:innen war die Wirtschaftspolitik das wahlentscheidende Thema. Obwohl die US-Wirtschaft solide Wachstumsraten aufweist, belasten die stark gestiegenen Preise gerade bei Konsumgütern die Haushalte. Trump hat sich die aus der Ungleichheit resultierende Unzufriedenheit zu Nutze gemacht, um **seine „America First“-Politik als Allheilmittel für die Wirtschaft zu präsentieren**. Europa muss sich auf ein **Zeitalter des Protektionismus** auch unter befreundeten Nationen einstellen. Trump 2.0 lässt eine **deutliche Radikalisierung der US-Handelspolitik** erwarten, die zu einer großen Unberechenbarkeit und **hohen wirtschaftlichen Schäden** für Deutschland und die EU führen könnte. **Howard Lutnick, Trumps designierter Handelsminister** und langjähriger Wallstreet-Manager, erklärte bereits im Wahlkampf, dass er Trumps Pläne für höhere Zölle voll unterstütze. Lutnick gilt als loyal, sodass zu erwarten ist, dass er Trumps Vorhaben ohne größere Modifikationen umsetzen wird.

Die wirtschaftlichen Interessen der USA und EU weisen jedoch insbesondere im Kontext der geopolitischen Herausforderungen weiterhin große Schnittmengen auf. Ein **Möglichkeitsfenster für Kooperation in Industrie- und Handelspolitik bleibt bestehen** und sollte ergriffen werden, um Schäden von der europäischen Wirtschaft fernzuhalten. Die Verhandlungsposition Deutschlands und der EU muss eine der Stärke sein – wenn eine Kooperation auf Augenhöhe nicht vereinbart werden kann, dürfen amerikanische Strafzölle oder ähnliche Maßnahmen nicht unbeantwortet bleiben. Vor diesem Hintergrund ist wichtig:

Die Entwicklung einer europäischen Industriepolitik

Die zentrale Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine **gemeinsame Industriepolitik, die auf strategische Souveränität setzt und den EU-Binnenmarkt digitalisiert und dekarbonisiert**. Die Negierung der Relevanz von Klimaschutz durch die USA macht das Problem nicht weniger real, sondern umso dringlicher. Die Depriorisierung der Entwicklung von Klimatechnologien von Seiten der USA bietet so auch eine Chance für Europa, Weltmarktführer in diesen Zukunftsbranchen zu werden. Europa muss daher enger zusammenrücken, seine Wirtschaftsstrategien stärker koordinieren und interne Differenzen überwinden, um die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern. Die oberste Priorität liegt darin, die Innovationslücke zu den USA und China in zentralen Zukunftsbranchen und -technologien zu schließen und damit im geökonomischen Wettbewerb mitzuhalten.

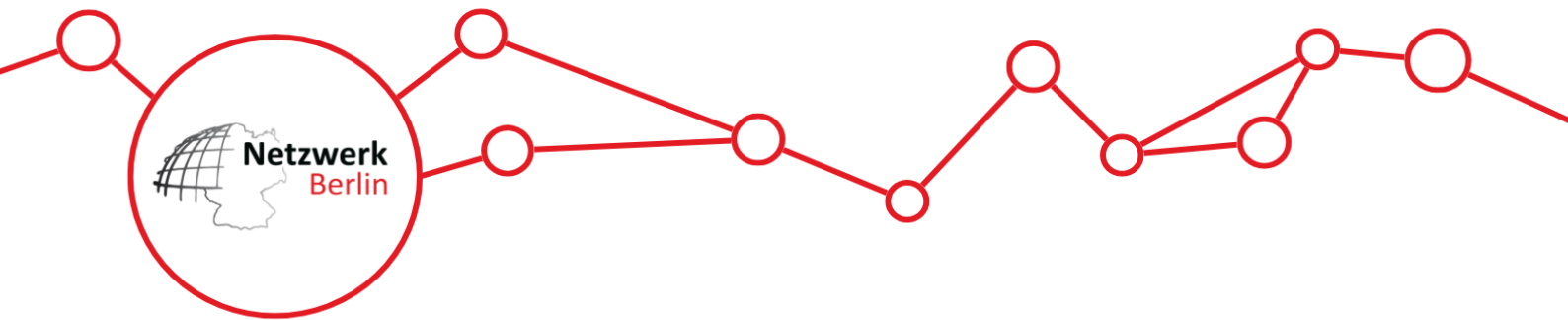
Nur durch **massive gemeinsame Investitionen** lässt sich dieses Ziel erreichen. Der Draghi-Report beziffert den notwendigen Aufwand auf etwa 800 Milliarden Euro jährlich, was rund 5% des EU-BIPs entspricht – eine Summe, die das gewaltige Ausmaß dieser Jahrhundertaufgabe verdeutlicht. Die Transformation muss durch **umfassende öffentliche und private Investitionen** beschleunigt werden. Als Investitionsvehikel der europäischen Mitgliedsstaaten schlagen wir die Etablierung eines **EU-Transformationsfonds** nach Vorbild von NextGenerationEU vor, welcher fiskalische Impulse in die Europäische Wirtschaft analog zum Inflation Reduction Act und Infrastructure Act setzen wird. Zur Katalyse der privaten kapitalmarktbasierter Finanzierung muss die **Vollendung der Kapitalmarktunion** in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Mitgliedsländer mit höchster Priorität vorangetrieben werden.

Die Diversifizierung der Partnerschaften

Angesichts der geopolitischen Bedeutung des Trump-Siegs und der globalen Abhängigkeiten ist es für die EU notwendig, **strategische Partnerschaften und Allianzen jenseits der traditionellen Wirtschaftspartner zu stärken**. Der **Aufbau resilienter Lieferketten**, insbesondere in kritischen Bereichen wie Rohstoffe und digitale Technologien, und die **Diversifizierung von Handelsbeziehungen** sind dabei von zentraler Bedeutung. Der Abschluss der Verhandlungen für das MERCOSUR-Abkommen Anfang Dezember 2024 kam hier zu genau dem richtigen Zeitpunkt. Auch die bevorstehenden bzw. andauernden Verhandlungen von Freihandelsabkommen mit Indien, Indonesien und weiteren ASEAN-Partnern wie Malaysia, Thailand und Philippinen sollte die EU weiter forcieren. Um als eigenständiger Pol neben China und den USA global zu wirken, muss Deutschland auf eine überzeugende und auch finanziell unterstützte Erzählung hinwirken, was die EU ihren Partnerländern anbieten kann, wie z.B. die Konnektivitätsstrategie Global Gateway.

Sektorale Kooperation mit den USA suchen, zugleich europäische Interessen priorisieren

Donald Trump verfolgt eine deal-getriebene Politik - diese transaktionale Herangehensweise an internationale Beziehungen kann die EU gezielt nutzen. Durchdachte Transaktionen zwischen den beiden Staaten können für die EU fruchtbare Ergebnisse erzielen. Im Wahlkampf hat Trump keinen Zweifel daran gelassen, dass er Zölle auf europäische Importe, wie Stahl und Aluminium, wieder einführen wird. Auch die Androhung einer pauschalen 10-prozentigen Besteuerung aller EU-Produkte steht im Raum. Angesichts dieser potenziellen Bedrohung für die europäische Wirtschaft **sollte die EU proaktiv agieren und nicht in eine passive Rolle verfallen**. Deutschland muss daher darauf hinwirken, dass die **EU frühzeitig die Hand ausstreckt** und **Möglichkeiten für sektorale Handelsabkommen** auslotet.



Ein sektoraler Ansatz hat den Vorteil, dass er pragmatische Lösungen für spezifische Bereiche ermöglicht. Sektorale Abkommen – etwa in der Pharma- oder Automobilindustrie - könnten in bestimmten Bereichen einen präferierten Marktzugang **für europäische und amerikanische Güter und Dienstleistungen** etablieren. Dadurch ließen sich **potenzielle Handelsbarrieren abmildern** und die Grundlage für eine **konstruktive wirtschaftliche Zusammenarbeit** schaffen. Ziel muss es sein, ein ausgewogenes Verhältnis zu schaffen, das sowohl den protektionistischen Tendenzen Trumps entgegenwirkt als auch Europas strategische Prioritäten fördert.

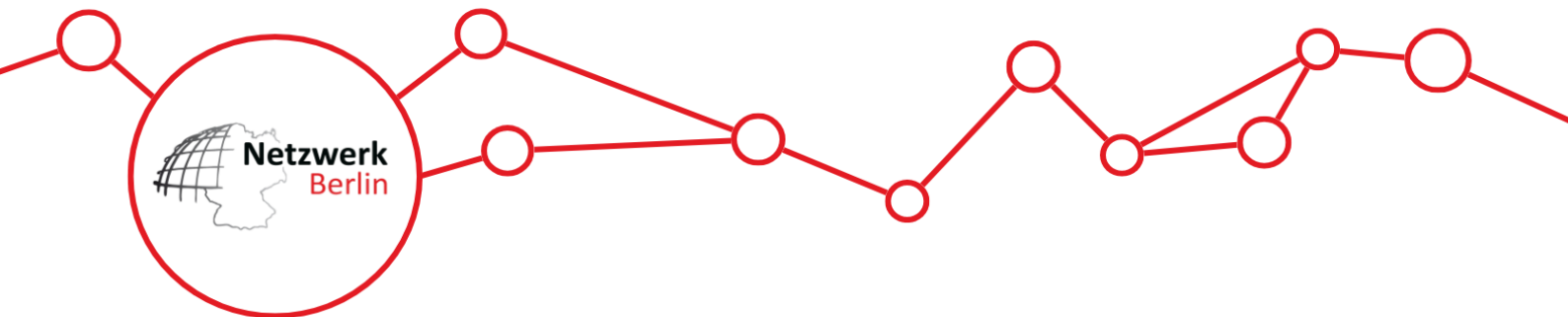
Kapitel 3: Multilateralismus

Mit dem Wahlsieg von Donald Trump wird nicht nur das transatlantische Verhältnis rauer: Es ist mit einer Abkehr der USA vom Multilateralismus zu rechnen. Die **Gestaltung der internationalen Beziehungen wird transaktionaler**. Multilaterale Abkommen, eine verbindliche und vertrauliche internationale Zusammenarbeit, das Festhalten an langfristigen Strategien zur Gestaltung der internationalen Ordnung - all dies würde einem „Deal Making“-Ansatz widerstreben. Das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen ist Kernbestandteil westlicher Werte und gilt für jedes Land. Mini-laterale Formate wie AUKUS (Australien, UK, USA) steigen in ihrer Bedeutung. Auch das Ausbooten oder der Rücktritt erfahrener Diplomaten kann einen negativen Einfluss auf die transatlantischen Beziehungen haben.

Bereits angedrohte Finanzkürzungen würden die US-Kontrolle von IWF und Weltbank konsolidieren, gleichzeitig werden Reforminitiativen für diese Institutionen ausgebremst oder zurückentwickelt. **Die G20 könnten darüber hinaus durch eine erneute Fokussierung der USA auf die G7 marginalisiert werden**. G20-Initiativen wie die Unternehmensbesteuerung oder die Besteuerung von Superreichen könnten auf den Widerstand der USA treffen, was wiederum auch eine höhere Konfrontation der USA mit den BRICS-Staaten nach sich ziehen kann.

Im **Bereich der Klimadiplomatie dominiert der sehr wahrscheinliche erneute Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen**. Infolge der stärkeren Förderung einheimischer fossiler Energieträger sowie der Nuklearindustrie unter einer Trump-Administration könnten sich internationale Maßnahmen v.a. auf die Energie- und

nicht die Klimapolitik fokussieren. Eine solche Wendung würde beinhalten, im Verbund mit Produzenten fossiler Brennstoffe Exporte in neue Partnerländer des globalen Südens und nach Europa zu fördern. Für die Bundesregierung und die EU ergeben sich daraus folgende Handlungsempfehlungen:



Multilateralismus und Diversifizierung fördern

Europa sollte **mehr Verantwortung übernehmen, um multilaterale Prozesse, internationale Institutionen sowie Umwelt- und Menschenrechte zu schützen und zu fördern**. Dazu zählt auch, die Arbeit der Welthandelsorganisation (WTO) sowie laufende Klima- und Umweltverhandlungen voranzutreiben und globale Klimafinanzierungsinitiativen zu unterstützen. Standards für den Rohstoffhandel, die etwa im Rahmen der G7+ entwickelt werden, könnten dabei weiterverfolgt werden – auch ohne die USA. Eine höhere

Fokussierung auf die subnationale Zusammenarbeit, etwas durch sogenannte „urban diplomacy“ ist unterstützenswert.

Ebenso gilt es, **multinationale Unternehmen stärker in die Verantwortung zu nehmen, Menschenrechte und Umweltschutz entlang globaler Lieferketten zu wahren**. Hier könnte Deutschland mit dem Lieferkettengesetz auf nationaler und EU-Ebene eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen zum UN-Abkommen einnehmen. Kooperationen mit regionalen Entwicklungsbanken wie der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) oder der Afrikanischen Union sind empfehlenswert. Das deutsche und europäische Engagement in Afrika, Lateinamerika und Asien sollte ohnehin stärker als geplant vorangetrieben werden.

Die Verbindung in die USA nicht abreißen lassen, die EU einen

Zentral bleibt, Gesprächskanäle in die neue Administration offen zu halten, aber auch zu Trump-kritischen Republikanern im Kongress und in den Bundesstaaten oder zu Gewerkschaften mit Pro-Trump-Einstellung. Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass die **EU-Mitgliedsstaaten geschlossen handeln** und vermeiden, dass einer oder mehrere der Mitgliedstaaten bilaterale Abkommen mit Washington schließen, die im Nachhinein eine Spaltung hervorrufen könnten.

Fazit

Der Wahlsieg Donald Trumps und die damit verbundene Rückkehr seiner „America First“-Politik markieren eine bedeutende Zäsur für die transatlantischen Beziehungen. Europa steht vor der dringenden Aufgabe, seine strategische Autonomie zu stärken, um den wachsenden Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Multilateralismus zu begegnen. Dies erfordert eine klare und entschlossene Position: Einerseits müssen die EU und Deutschland bereit sein, konstruktive Kooperationen mit den USA anzubieten, insbesondere in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen. Andererseits ist ein selbstbewusstes Handeln unverzichtbar, um eigene Interessen gegen potenzielle protektionistische oder unilaterale Maßnahmen Washingtons zu verteidigen.